3 **Benziner löste 2017 den Diesel wieder ab**
Die meisten der neu zugelassenen Autos hatten einen Benzinmotor.

9 **«I & F Family Wealth Preservation Awards»**
Die Auszeichnungen wurden den verdienten Preisträgern übergeben.

13 **Der nächste Weltcupstart steht an**
Marco Pfiffner fährt in Schladming
Ergebnis von Kitzbühel vergessen lassen

MIT KUNDMACHUNGEN

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Dienstag, 23. Januar 2018
141. Jahrgang Nr. 17

Heute

Olympische Spiele

Heute werden die Athleten nominiert

Der Olympiaausschuss bestimmt heute, wer Liechtenstein an den Olympischen Spielen in Südkorea vertreten wird. Dabei kommen nur Athleten aus den zwei Sportarten Ski alpin und Langlauf infrage. Seite 11

Inland Die Macher des «Muurer Räbahobels», der einzigen Unterländer Fasnachtszeitung, haben der Guggamusik Ratatätsch eine grosse Freude bereitet. **Seite 2**

Ausland In der Schweiz sind so wenig Asylgesuche gestellt worden wie seit sieben Jahren nicht mehr. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang mehr als ein Drittel. Wichtigstes Herkunftsland war Eritrea. **Seite 8**

Sport Liechtensteins Skinachwuchs kann auf erfolgreiche Rennen in Splügen zurückblicken. Neben dem Doppelsieg von Madeleine Beck konnten die Nachwuchsfahrer weitere Podestplätze einfahren. **Seite 13**

Zitat des Tages

«Wenn der globale Baumarkt brummt wie vergangenes Jahr, können wir umso stärker zulegen.»

JÖRG KAMPMEYER
CFO UND KONZERNLEITUNGSMITGLIED DER HILTI GRUPPE ZUR AKTUELLEN UMSATZENTWICKLUNG. **SEITE 9**

Wetter Nach hochnebelartigen Restwolken zeigt sich die Sonne. Seite 18

4° 7°

Inhalt

Inland	2–7	Kultur	17
Ausland	8	Kino/Wetter	18
Wirtschaft	9+10	TV	19
Sport	11–15	Panorama	20

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verbund Südostschweiz

9 771812 601006 20004

Gewässerschutz: Organisationen werfen Regierung Untätigkeit vor

Wasser Das EWR-Abkommen verpflichtet Liechtenstein, den ökologischen Zustand seiner Gewässer bis 2021 zu verbessern. Umweltorganisationen äussern jetzt harsche Kritik – das Land komme seinen Verpflichtungen nicht nach und verletze Gesetze.

VON SILVIA BÖHLER

Der Gewässerschutz in Liechtenstein ist massgeblich durch europäische Bestimmungen vorgegeben. Mit der sogenannten Wasserrahmenrichtlinie sind die Mitgliedsstaaten der EU sowie des EWR verpflichtet alle Gewässer in einen «guten ökologischen Zustand» zu bringen. 2011 wurde die Richtlinie in das hiesige Gewässerschutzgesetz implementiert, weitere Massnahmen seien aber nicht gesetzt worden, beklagen nun mehrere Umweltorganisationen. «Nach unserem Empfinden verharrt das Land in Untätigkeit und kommt seinen Verpflichtungen nicht nach», sagte Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) gestern anlässlich einer Medienorientierung. Harsche Kritik hagelt es insbesondere für den 150-seitigen Entwurf eines Massnahmenplans, der bereits 2016 hätte vorliegen sollen und ganz und gar nicht den Vorstellungen der Naturschutzorganisationen entspricht.

Verschiedene Kritikpunkte

Der Informationsgehalt des Berichts beschränke sich grossteils auf die Gewässerqualität, welche Massnahmen zur Verbesserung der Ökologie gesetzt werden müssen, damit die vorgegebenen Ziele erreicht werden können, bleibt demnach offen. Monika Gstöhl: «Der Bericht enthält wenige vage Verbesserungsvorschläge, aber keine konkreten und terminierten Massnahmen. «Das ist nicht erstaunlich, denn die Regierung hat in all den Jahren noch nicht einmal die ökologischen Zielzustände festgelegt. Deshalb weiss sie auch nicht, welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die Ziele zu erreichen.» Defizite sehen die Organisationen aber auch in der fehlenden Abstimmung mit den Nachbarn sowie der fehlenden Information für die Bürger. **Seite 3**

«Crystal Award»

Viel Prominenz schon am Vorabend des WEF in Davos

IWF-Chefin Christine Lagarde, Musikstar Elton John, Bollywood-Schauspieler Shah Rukh Khan und Schauspielerin Cate Blanchett (von links) während der «Crystal Award»-Verleihung am Vorabend des 48. World Economic Forums (WEF) in Davos. Dort werden ab heute rund 3000 Teilnehmer erwartet, darunter auch Erbprinz Alois, Regierungschef Adrian Hasler und Regierungsrätin Aurelia Frick. (Foto: Keystone)
Seiten 4 und 5

Er kommt Donald Trump wird laut Sprecherin ans WEF reisen

DAVOS Während UNO-Generalsekretär António Guterres anders als im Vorjahr wegen «Terminproblemen» nicht zum Weltwirtschaftsforum (WEF) kommen wird, soll US-Präsident Donald Trump (Foto) seine geplante Reise nach Davos antreten. Die Delegation des Weissen Hauses werde am Dienstag und damit einen Tag später als geplant starten, teilte Trumps Sprecherin Sarah Sanders am Montag mit. Trump werde später folgen. Die Abreise des Präsidenten war ohnehin erst für Mittwoch (Ortszeit) geplant, am Freitag soll er eine mit Spannung erwartete Rede in Davos halten. Der US-Delegation gehören neben Trump unter anderem Aussenminister Rex Tillerson, Finanzminister Steven Mnuchin, Wirtschaftsminister Wilbur Ross und Präsidentenberater Jared Kushner an. Voraussetzung für das Stattfinden der Reise ist allerdings, dass der Regierungsstillstand in den USA bis dahin – wie angekündigt – aufgehoben wird. Die Parteien im US-Senat hatten sich darauf verständigt. Jedoch standen zunächst noch die dafür notwendigen Abstimmungen sowie die Unterschrift von Präsident Trump aus. Hintergrund des «Shutdown» ist Geldmangel, weil eine Schuldenobergrenze erreicht wurde und der Senat sich bislang nicht auf einen Übergangshaushalt einigen konnte. Am vergangenen Freitag war ein Gesetzentwurf dafür im Senat gescheitert. Allerdings hatten nicht nur die demokratischen Senatoren dagegen gestimmt, sondern auch ein Teil der republikanischen Mehrheitsfraktion. (sda/dpa) **Seite 8**

Koalitionsverhandlungen

SPD pocht auf Nachbesserungen

BERLIN Differenzen zwischen Union und SPD belasten die Koalitionsverhandlungen schon, bevor sie überhaupt begonnen haben. Die SPD bekräftigte am Montag ihre Position, in den voraussichtlich noch diese Woche beginnenden Verhandlungen über die Sondierungsergebnisse hinausgehende Punkte durchsetzen zu wollen. In der Union hiess es dagegen erneut, das Ergebnispapier der Sondierungen bleibe Grundlage der Koalitionsverhandlungen. Aus der CSU kam zudem Kritik daran, dass die SPD in den nächsten Tagen internen Beratungsbedarf habe und sich noch auf die Gespräche vorbereiten müsse. Wann die Koalitionsverhandlungen genau beginnen, blieb zunächst unklar. SPD-Linke und Jusos wollen mit aller Macht eine Koalition mit der Union verhindern. (sda/dpa)

Unihockey

UHC Schaan kehrt auf Siegerstrasse zurück

SCHAAN In den zwei wahrscheinlich wichtigsten Spielen der Saison konnten die Herren des UHC Schaan in der 4. Liga Kleinfeld zwei überzeugende Siege einfahren. **Seite 14**

ANZEIGE

Verlag: Liechtensteiner Volksblatt AG, Im alten Riet 103, 9494 Schaan, Telefon +423 237 51 51, Fax +423 237 51 66, verlag@volksblatt.li; **Täglich aktuelle Nachrichten:** www.volksblatt.li
Inserate: Telefon +423 237 51 51, inserate@volksblatt.li; **Aboservice:** Telefon +423 237 51 41, abo@volksblatt.li; **Redaktion:** Telefon +423 237 51 61, Fax +423 237 51 55, redaktion@volksblatt.li

Landespolizei

Neue Kampagne gestartet: «Bei Verdacht – Anruf!»

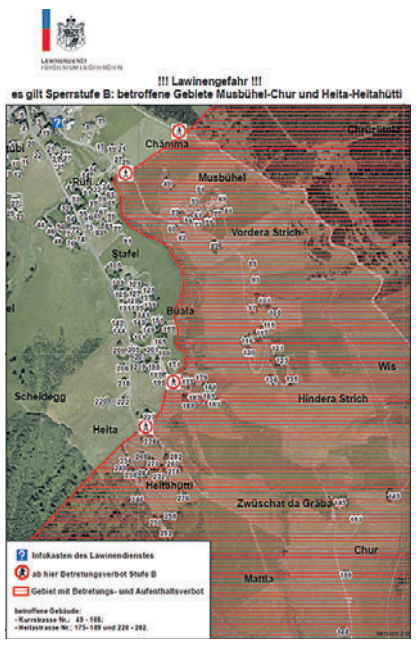
VADUZ Die Landespolizei lanciert zum Jahresbeginn eine Kampagne, um die Hemmschwelle für Verdachtsmeldungen bei der Landespolizei noch weiter zu senken. «Mit der Kampagne ‹Bei Verdacht – Anruf!› soll die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht werden, dass verdächtige Feststellungen der Landespolizei jederzeit gemeldet werden sollen», teilte die Landespolizei am Montag mit. Niederschwellige und vor allem zeitnahe Informationen können, heisst es in der Mitteilung weiter, für die Ermittlungen von unschätzbarem Wert sein und dazu beitragen, allfällige Straftaten zu verhindern oder gar eine Täterschaft festzustellen. Dies würden auch jüngste Festnahmen von Einbrechern zeigen, die nur dank Verdachtsmeldungen aus der Bevölkerung möglich waren (das «Volksblatt» berichtete). (red/lpfl)

Die Kampagne soll die Hemmschwelle für Verdachtsmeldungen senken. (Illustration: LPFL)

Lawinengefahr: Stufe 4

Mehrere Gebiete, Sassweg und Langlaufloipe in Steg gesperrt

MALBUN Der Liechtensteinische Lawinendienst hat am Montagmorgen eine Beurteilung der Lawinensituation vor Ort in Malbun vorgenommen. Dabei wurde die publizierte Gefahrenstufe 4 (gross) des Institutes für Schnee und Lawinenforschung in Davos (SLF) auf der fünfstelligen Gefahrenskala bestätigt. Wie der Lawinendienst am Montag weiter mitteilte, wurde aus Sicherheitsgründen und den zusätzlich prognostizierten Niederschlägen in Malbun die Sperrstufe B (Gebiete Heitahütti, Chur, Büala bis Musbühel) ausgerufen und der Sassweg sowie die Langlaufloipe in Steg gesperrt. Die Skilifte «Hocheck» und «Schneeflucht» bleiben für den Skibetrieb geöffnet. (red/pd)



Auf dieser Karte des Lawinendienstes sind die Gebiete der Sperrstufe B ersichtlich. (Illustration: LPFL)

ANZEIGE

www.kleininserate.li

Indermaur: «Liechtenstein befindet sich noch in einer Balkonsituation»

Kritik Untätigkeit, gesetzeswidriger Zustand, keine Koordination mit Nachbarn und keine Information für die Öffentlichkeit – in Sachen Gewässerschutz hat die Regierung einigen Nachholbedarf, sind sich die Umweltorganisationen einig.

VON SILVIA BÖHLER

Hatten jede Menge Kritik vorzubringen, von links: Andi Götz, Monika Gstöhl und Lukas Indermaur. (Foto: Paul Trummer)

Die begradigten Gewässer sind als Lebensraum für Fische und Kleinorganismen ungeeignet. Belastet werden die Bäche und Flüsse aber auch durch die intensive Landwirtschaft, Wasserkraftwerke sowie Abwassereinleitungen. In Liechtenstein weisen mehrere Gewässer deshalb eine mässige Wasserqualität auf. Gemäss dem EWR-Abkommen hat sich das Land jedoch verpflichtet, bis zum Jahr 2021 alle Gewässer in einen «ökologisch guten Zustand» zu bringen. Der Bericht «Bewirtschaftungsplan und Massnahmenprogramm nach Wasserrahmenrichtlinie» soll gemäss dem Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt die grossen Stellschrauben beschreiben, die zur Erreichung der Umweltziele notwendig sind. Dass die Ziele bis 2021 wahrscheinlich unerreichbar sind, wird ebenso festgehalten.

Umweltorganisationen verärgert

«Man könnte, man sollte. Die Ausführungen sind vage, terminiert ist überhaupt nichts», kritisierten gestern die Organisationen Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU), die Werkstatt Faire Zukunft, der WWF und der Vorarlberger Naturschutzbund. Im Bericht werde zwar der genaue Zustand der Gewässer beschrieben und der Endzustand definiert, das wichtige Massnahmenprogramm zur Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer nehme von den insgesamt 150 Seiten aber lediglich 10 Seiten ein. Konkrete, griffige Massnahmen würden fehlen. «Wo genau muss nun eine harte Verbauung aufgelöst werden, wo benötigt es Uferböschungen, wo muss eine Drainage verändert werden und was ist mit den wichtigen Schnittstellen zwischen Land und Gemeinden», fragt sich deshalb Monika Gstöhl und spricht damit ein weiteres Problem an. Der ökologische Zustand der Landesgewässer hänge ganz entscheidend von den Zuflüssen, sprich den Gemeindegewässern ab. «Wenn die Kinderstube der Fische nicht verbessert wird, wird sich auch der Zustand etwa im Binnenkanal nicht verbessern. Es muss also das Gesamtpaket betrachtet werden.» Nicht angesprochen seien ausserdem die Nutzungskonflikte zwischen Landwirtschaft – sprich dem Bodenerhaltungsgesetz – und der Gewässerrenaturierung. «Der vorliegende Bericht hat mich sehr enttäuscht, das Dokument hält nicht, was es verspricht», so Monika Gstöhl.

Öffentlichkeit wird nicht informiert

Das grösste ökologische Potenzial haben laut vorliegendem Bericht der Alpenrhein und der Binnenkanal. Doch auch hier sind die Massnahmen abstrakt gehalten. «Nach so vielen Jahren ein derartiges Papier vorzulegen, ist nicht akzeptabel», lässt Andi Götz, Geschäftsführer der Werkstatt Faire Zukunft, seinem Frust freien Lauf. Der Alpenrhein sei ökologisch tot, ein lebloser Kanal, der fast keine Fische und keine Pflanzen mehr aufweise. Die Regierung vertröste aber seit Jahren, als ob es eine Wahlmöglichkeit gäbe. Mit der Unterzeichnung entsprechender Verträge habe sich Liechtenstein zu Rheinaufweitungen verpflichtet. Götz mahnte deshalb endlich Massnahmen zu ergreifen: «Man muss mit den Grundeigentümern, Bauern, Jägern und Fischern sprechen. Man muss die Menschen miteinbeziehen, das liechtensteinische Gewässerschutzgesetz fordert eine aktive Beteiligung aller involvierten Stellen. Es ist die Pflicht der Regierung, die Bevölkerung zu informieren. Doch nichts passiert. Das ist ein klarer Gesetzesverstoss.»

Österreich und die Schweiz würden sich grosse Mühe geben, die Rheinaufweitungen voranzutreiben und umzusetzen, informierte Lukas Indermaur, Vertreter des WWF und des Vorarlberger Naturschutzbundes. Die Aufweitung Bad Ragaz/Maienfeld werde rund 30 Millionen Franken kosten, ein weiterer dreistelliger Millionenbetrag sei für die Sanierung der Schwall-Sunk-Problematik bei Wasserkraftwerken vorgesehen. Von der Illmündung bis zum Bodensee werde das Projekt Rhesi verwirklicht, das rund 1 Milliarde Franken kostet. «Liechtenstein hingegen verharrt immer noch in einer Balkonsituation und schaut zu, was die anderen tun», so Indermaur. Das sei ein Affront gegenüber den Nachbarn. Hier gebe es riesigen Nachholbedarf.

Ministerium kontert

Das Umweltministerium will die vorgebrachte Kritik nicht gelten lassen. Auf «Volksblatt»-Anfrage heisst es: «Der nationale Bewirtschaftungsplan sollte nicht mit einer Renaturierungsplanung verwechselt werden. Gerade hier braucht es den Einbezug aller involvierten Akteure, um erfolgreiche Projekte realisieren zu können.» Das vorliegende Massnahmenprogramm gebe die strategischen Stossrichtungen vor. Die konkrete Planung der einzelnen Projekte soll dann zusammen mit den involvierten Akteuren erfolgen. Auch in Sachen Rheinaufweitung sei das Ministerium tätig. Derzeit sei man mit den Vorarbeiten für eine umfassende Sanierung der Rheindämme beschäftigt und werde auf Grundlage bestehender Verträge und Vereinbarungen verschiedenste Fragestellungen mit dem Kanton St. Gallen koordinieren. Wie dabei mit den im Entwicklungskonzept Alpenrhein (EKA) vorgeschlagenen Flussaufweitungen umgegangen wird, sei ebenfalls Gegenstand der laufenden Gespräche.

Fahrzeugstatistik: E-Autos immer noch weit abgeschlagen

Autojahr Während Benziner 2017 von der Diesel-Krise profitieren konnten, verspürten auch Elektroautos einen Aufschwung – allerdings auf sehr tiefem Niveau.

VON DAVID SELE

Im Dezember 2017 wurden in Liechtenstein insgesamt 197 neue Fahrzeuge zugelassen, 157 davon waren Personenwagen. Im Vergleich zum Dezember 2016 ergibt sich daraus ein Rückgang bei den Fahrzeugen um 15,5 Prozent sowie bei den Personenwagen um 10,8 Prozent, wie aus der Fahrzeugstatistik «Neuzulassungen Dezember 2017» hervorgeht. Anders sieht es jedoch aus, wenn man die Gesamtjahresbilanzen vergleicht: So wurden 2017 genau 2796 Fahrzeuge in Verkehr gesetzt. Das sind sieben Zulassungen mehr, als noch 2016.

Zulassungsstarkes Jahr

Bei den Personenwagen verzeichnen die Statistiker mit 2017 gar eines der zulassungsstärksten Jahre. 2024 Personenwagen wurden demnach neu in Verkehr gesetzt. Das sind zwei Prozent mehr als im Vorjahr, was als Topwert gesehen werden kann: Nur drei Mal in den vergangenen 14 Jahren wurden mehr Personenwagen neu zugelassen. Gesamthaft sei 2017 durchaus ein gutes Autojahr gewesen, «wobei dies auch stark von der jeweiligen Marke abhängt», sagt Michael Weilenmann, Vorstandsmitglied des Autogewerbeverbandes und Inhaber der Garage Weilemann AG, auf «Volksblatt»-Anfrage.

VW und Diesel rückläufig

Personenwagen der Marken Audi (26 Zulassungen), VW (22) und BMW (21) entliess die MFK im Dezember 2017 am häufigsten auf die Strassen. Diese drei Marken dominieren denn auch in der Jahresbilanz. Allerdings steht dort VW an der Spitze, gefolgt von Audi, BMW, Mercedes Benz und Skoda. Die Topfünf der meistzugelassenen Personenwagen ist damit identisch zum Jahr 2016. Jedoch musste Spitzenreiter VW Federn lassen: Während 2016 noch rund jeder fünfte neuzugelassene Personenwagen ein VW gewesen ist, war dies 2017 nur noch gut jeder achte. Inwiefern diese Entwicklung mit dem VW-Skandal rund um die Manipulation der Abgastests von Dieselfahrzeugen zusammenhängt, ist unklar. Die Marke VW nahm aber offenbar weniger Schaden, als das in Verruf geratene Produkt: Der Dieselmotor. Ein solcher war 2017 in lediglich 846 der neu zugelassenen Fahrzeuge verbaut. Das ist ein Rückgang von 14 Prozent. Benziner konnten im gleichen Zeitraum um mehr als 16 Prozent zulegen. Den Trend weg vom Diesel und hin zum Benziner bestätigt auch Michael Weilenmann, aber: «Wie das im kommenden Jahr aussehen wird, ist völlig offen.»

Relativer Boom, absolute Flaute

Einen «Boom» erlebten derweil die Elektroautos. Leider aber nur in relativen Zahlen (+24 Prozent), denn absolut waren es über das ganze Jahr hinweg eben doch nur 57 Neuzulassungen. Ein Tropfen auf den heissen Stein, meint Michael Weilenmann: «Die Zunahme ist erfreulich, aber weit vom anvisierten Ziel entfernt. Ich glaube es wird noch einige Jahre dauern, bis hier die 100er-Marke geknackt wird – ab 200 Zulassungen können wir dann von einem relevanten Anteil sprechen.» Die Ursache dafür ortet der Fachmann vor allem bei den Herstellern. Es gebe bislang nur wenige, die in Sachen E-Mobilität «substanziell etwas zu bieten haben». Immerhin: Die Statistik lässt noch einen weiteren Tropfen springen: 2017 wurden auch 84 Elektro/Benzin- sowie drei Elektro/Diesel-Hybriden neu zugelassen.

Top 10 der beliebtesten Personenwagen

Anhand der Neuzulassungen pro Jahr

Platzierung	2015	2016	2017
1	Volkswagen	Volkswagen	Volkswagen
2	Audi	Audi	Audi
3	BMW	BMW	BMW
4	Mercedes-Benz	Mercedes-Benz	Mercedes-Benz
5	Seat	Skoda	Skoda
6	Skoda	Seat	Toyota
7	Opel	Toyota	Seat
8	Toyota	Mazda	Ford
9	Ford	Renault	Opel
10	Renault	Land Rover	Renault

Tabelle: «Volksblatt», **Quelle:** Amt für Statistik